

## Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag Neuss, Erhard Demmer, für die Kreistagssitzung am 13. März 2012

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Lassen Sie mich zunächst dem Kämmerer, Herrn Graul, und der Kämmerei Dank sagen. Sie haben die Beantwortung unserer Fragen und Nachfragen koordiniert und uns damit interessante Neuigkeiten beschert, die auch in einer der nächsten Ältestenratsitzungen (Stichwort Aufteilung der Fraktionskosten und Entschädigungen) eine Rolle spielen sollten.

Wenn Sie dem Kreistag schon länger angehören, dann wissen Sie, dass es einen Klassiker gibt, über den wir immer wieder reden.

Ich meine nicht Dortmund gegen Schalke, übrigens die einzige schwarz-gelbe Vorstellung, die Spaß macht - sondern die Kommunalfinanzen.

Mindestens fünfmal war hier in der Haushaltsrede das Thema: „Kommunen in Not“.

Auch in diesem Jahr müssen wir über dieses Problem reden, nicht weil es ein sogenanntes Kämmerer-Papier gibt, sondern weil die Situation weiterhin ernst ist. Und das, obwohl die Landesregierung alles tut, um die Situation der Kommunen zu verbessern.

Damit räumt sie zunächst einmal die Altlasten beiseite, die die Vorgängerregierung, die schamlosen Plünderer der kommunalen Kassen, hinterlassen haben.

Schon im Nachtragshaushalt 2010 wurden die jährlichen Zahlungen an die Kommunen um jährlich 350 Millionen Euro erhöht, durch den Haushalt 2011 fortgesetzt und 2012 durch den Stärkungspakt, die Solidaritätsumlage für die am stärksten Not leidenden Kommunen, ergänzt. Obwohl der Grundsatz gilt, dass keine Kommune mehr belastet werden soll als 2011, hat die CDU im Rhein-Kreis Neuss, angefangen vom Kreistagsabgeordneten Heiner Cöllen bis zum Landrat Hans-Jürgen Petrauschke nichts anderes zu tun als gegen den Stärkungspakt, gegen die kommunalfreundliche Politik der Landesregierung, mit Sprüchen wie „Alle sollen gleich arm sein“ zu polemisieren, sogar dann noch als eine klare Faktenlage vorlag.

Dies ist kleinkrämerischer Rhein-Kreis-Neuss-Egoismus pur.

Wir GRÜNE sagen voraus: Es werden für den Rhein-Kreis Neuss noch Zeiten kommen, in denen die Solidarität der Kommunen, der Region und des Landes, etwa beim Umbau der hiesigen Energielandschaft, wichtig sein wird.

Die Lage der kommunalen Finanzen wird sich, trotz vielfältiger Anstrengungen des Landes, nicht ohne die Hilfe des Bundes verbessern.

Er muss sich in einem erheblichen Maße an der Finanzierung der Soziallasten beteiligen. Hier besteht eine deutliche Schieflage gegenüber den anderen Ländern.

Der NRW-Landtag hat im Oktober 2010 einstimmig eine 50-prozentige Beteiligung des Bundes an den Soziallasten gefordert.

Das ist richtig so, denn trotz der Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter durch den Bund stiegen 2011 die kommunalen Sozialausgaben um 3,6 % auf 43,6 Milliarden Euro an. 2012 wird ein Anstieg um weiteren 4,3 % auf dann 45,5 Milliarden Euro erwartet.

Dies zeigt: Eine weitere finanzielle Entlastung der kommunalen Ebene ist dringend geboten.

Jedoch muss auch die Einnahmehasis der Kommunen durch eine Ausweitung der Gewerbesteuer auf die Freien Berufe verbreitert und verstetigt werden. Steuersenkungsvorhaben der Bundeskoalition sind da eindeutig kommunalfeindlich.

Wir sehen: Hoffnung auf eine strukturelle Verbesserung wird es erst mit einer neuen, einer politisch anders zusammengesetzten Bundesregierung ab 2013/14 geben.

Solange können aber die Kommunen im Rhein-Kreis Neuss nicht warten.

Der Kreistag hat leider kein Instrument, auf die unterschiedliche Finanzsituation in den einzelnen Kommunen des Kreises einzugehen. Ihm bleibt nur die allgemeine Senkung der Kreisumlage. Dass dies in diesem Jahr geboten ist, darin sind wir uns relativ einig. Wir unterscheiden uns aber erheblich im Weg dorthin.

Die Mehrheit in diesem Haus bevorzugt den höchst riskanten Weg über die Kürzung der Sozialaufwendungen.

Diese spekulative Auffassung ist geprägt von der Vorstellung, die Arbeitsmarktdaten verbesserten sich, sodass die Aufwendungen in 2012 sinken werden. Es könnte so kommen, aber das Schwierige an Voraussagen ist ja bekanntlich, dass sie sich auf die Zukunft beziehen.

Dies gilt im Besonderen, wenn wir es mit Wirtschaftsentwicklungen im kapitalistischen System zu tun haben, deren Vorhersagbarkeit aufgrund der vielen Einflussfaktoren als gering gilt.

Ich sage nur China, China, China. Wer weiß denn schon, ob sich die durch Korruption der Kader geprägte, autoritäre staatskapitalistische Linie der jetzigen Machthaber oder die marktwirtschaftlich-kapitalistische Linie des chinesischen Südens fortsetzt?

Die ökonomischen Folgen können für Europa und für Deutschland unterschiedlicher nicht sein.

Oder: Wie wirkt sich das von den europäischen Regierungen kopierte Helikopter-Modell des FED-Chefs Bernanke auf die weitere Entwicklung der Inflationsrate aus?

Oder: Wie entwickelt sich der Arbeitsmarkt generell?

Nehmen die prekären, unsicheren Beschäftigungsverhältnisse wie die Leiharbeit zu?

All dies ist nicht vorhersagbar.

Hinzu kommt die Erkenntnis, dass Kurzarbeitslose viel schneller in Arbeit kommen als Langzeitarbeitslose. Aber gerade um diese hat sich der Rhein-Kreis Neuss zu kümmern. Sind da nennenswerte Einsparungen überhaupt möglich?

Und: Verlagern wir das Haushaltsrisiko damit nicht, zumindest hälftig, auf die Kommunen?

Der Mehrheit in diesem Hause sei gesagt: Das Licht am Ende des Tunnels kann auch ein entgegenkommender Zug sein!

Es ist wirklich besser Rettungsschirme zu spannen, als Nebelkerzen zu werfen!

Was wir in diesem Jahr im Rhein-Kreis Neuss brauchen, ist wirkliche Solidarität.

Der Kreis steht gut da. Er hat Schulden abgebaut, während die meisten Kommunen solche aufbauen mussten, und das trotz bundesweit steigender Steuereinnahmen.

Diese kommen bekanntlich aber immer erst zeitverzögert in den Städten und Gemeinden an und helfen kaum das strukturelle Defizit zu beseitigen.

Echte Solidarität heißt die Kreisumlage zu senken, damit nicht die gesamte kommunale Infrastruktur noch weiter abgebaut wird.

Deshalb hat sich die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN entschlossen, den richtigen Weg zu unterstützen, in diesem Jahr 12,5 Millionen Euro aus der Ausgleichsrücklage zu nehmen - quasi als „Überbrückungsmaßnahme“ für die noch unterfinanzierten Kommunen.

Die Möglichkeit dazu gibt das im Landtag kurz vor der Verabschiedung stehende Gesetz zur Genehmigung der Kreisumlage und anderer Umlagen.

Diesem Weg stimmt bekanntlich die Mehrheit in diesem Kreistag nicht zu.

Das ist falsch, das ist nicht kommunalfreundlich, das ist vor allem nicht solidarisch.

Uns wundert dabei nicht das Verhalten von CDU und FDP, uns wundert aber schon das angekündigte Abstimmungsverhalten der UWG/Die Aktive, stellt sie sich doch stets parteifern, dafür aber bürgernah und kommunalfreundlich dar, noch nicht begreifend, dass dies kein Gegensatz ist.

Offensichtlich hat die Wählergemeinschaft das Problem, die unterschiedlichen Interessen ihrer Mitglieder unter einen Hut zu bekommen.

Das erinnert ein wenig an Hertha BSC: katastrophales Management, ohne Plan.

Aber auch CDU und FDP sind nicht besser aufgestellt.

Während den einen der direkte Abstieg in die dritte Liga droht, spulen die anderen ihr altbackenes Spiel, Motto: keine Experimente, ab.

In Zweifelsfällen verlässt man sich auf das wohlgenigte Schiedsrichtergespann oder mauert, wenn der Erfolg der Konkurrenz droht, mit zwei Viererketten und zwei davor postierten Abräumern.

So steht das „C“ immer weniger für christdemokratisch, aber immer mehr für „Catenaccio“.

Da passt es auch ins Bild, dass die CDU Otto Rehgel in die Bundesversammlung schickt.

Im Ernst: Haben wir in den letzten beiden Jahren von der Kreistagsmehrheit substanzielle Anträge vorgelegt bekommen, die den Rhein-Kreis Neuss weiterentwickeln können?

Nein! Stattdessen das bekannte Doppelpass-Spiel:

„Mehrheit lässt prüfen“ – „Verwaltung holt Konzepte aus der Schublade“.

Hinzu kommen die ewigen Bekenntnisse zum „Weiter So“ und zur Scholle, sprich: zur Braunkohle.

Da ist ja sogar Schalke 04 weiter.

Dass es anders geht, zeigen die GRÜNEN.

Mal treten wir im 4-3-3, immer häufiger im 3-5-2-System auf - Flach- und Kurzpass statt lange hohe Bälle, Pressing wenn nötig, Balleroberung als Ziel, Ballhalten als notwendige Methode und natürlich Tore als Ziel.

Immerhin ist unser geschlechter-gemischtes Team, anders als männerdominierte Mannschaften, immer flexibel und für eine Überraschung gut. Und das obwohl wir bis zu den nächsten Wahlen noch in Unterzahl spielen müssen.

Wir GRÜNE (übrigens das neue Trikot der Nationalmannschaft hat die Farbe „Grün“) tun dies, um den Rhein-Kreis Neuss zum Wohle seiner Einwohnerinnen und Einwohner weiterzuentwickeln.

Was aber ist dazu politisch erforderlich? Zunächst die Finanzen weiter konsolidieren.

Dazu gehört aber nicht nur die Erschließung neuer Einnahmequellen (Stichwort: Stärkung der kommunalen Finanzen), sondern ebenso eine Ausgabenkritik und vor allem: eine Überprüfung der Aufgaben. Auf der Folie des demographischen Wandels stellt sich für den Kreis und die Kommunen die Frage: Wer macht was? Wo gibt es sinnvolle Kooperationen, wo vermeidbare Doppelstrukturen und wo neue Problembereiche, die einer Steuerung bedürfen?

Statt hier Einzelmaßnahmen zu beraten, müssen wir den Versuch unternehmen, in einem transparenten Verfahren und einem ergebnisoffenen Prozess Antworten zu finden.

Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist sich sicher, dass dies wesentlich produktiver ist, als sich gegenseitig via Medien Vorwürfe zu machen. Dann wird man sehen, wer konstruktiv an diesem Prozess mitarbeiten möchte und wer seine Spielidee nur auf einer Abfolge von Blutgrätschen aufbaut.

So wie der Rhein-Kreis Neuss versucht, mit der Region Köln-Bonn und mit Düsseldorf–Mettmann im Spiel zu bleiben, so muss er auch kreisintern zum gemeinsamen Training aufrufen.

Neben dem gerade aktuellen Gesundheitsbereich (darunter der Einzelaspekt Krankenhaus-Kooperation oder -Fusion) bietet sich vor allem der Verkehrsbereich an.

Nicht zielführend ist dabei, den Kommunen ohne weitere Diskussion ihre Wünsche kritiklos zu erfüllen.

Die bündnisgrüne Fraktion sieht die Vorhaben K37n in Kaarst und K9n in Meerbusch in ihrer jetzigen Planung äußerst kritisch. Wir haben ohne Erfolg für eine Herausnahme dieser beiden Maßnahmen aus dem Haushaltsplan gestimmt.

Zielführend sind der Erhalt, die Verbesserung und der Ausbau des Schienenverkehrs. Wir sind für die Verlängerung der S 28, aber auch für den mittelfristigen Ausbau der RB 38 mit verbesserten Zügen und höheren Taktzeiten. Ob dies wie bisher als Regionalbahn oder als S-Bahn durchgeführt werden kann, muss ein Gutachten zeigen.

Wichtig ist uns aber: Grevenbroich darf nicht schlechter behandelt werden als Kaarst. Wir GRÜNE im Kreis legen Wert auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in einer intakten Infrastruktur.

Dazu gehört auch die bessere Anbindung von Neuss und Dormagen an Köln.

Eine gemeinsame Initiative des Kreistags wäre hier hilfreich.

Im Bereich des schienengebundenen Güterverkehrs muss sich sehr bald etwas tun.

Ob „Betuwe“ oder „Eiserner Rhein“, der Rhein-Kreis Neuss ist dringend auf diese Strecken angewiesen, natürlich nicht ohne angemessenen Lärmschutz, aber nicht mit Schutz für jedes an der Bahnstrecke halblegal errichtete Haus.

Last not least: das Radwegenetz.

Radfahren ist Freizeitvergnügen, sportliche Aktivität und Gesundheitsprävention in einem. Der Ausbau des Netzes ist für uns eine vorrangige Aufgabe.

Deshalb verstehen wir die vom Landrat im letzten Verkehrsausschuss vorgelegte Verschiebungssorgie nicht. Wir hoffen auf den im Frühherbst vorzulegenden Kreis-Radwegeplan, aus dem dann dringliche Maßnahmen abzuleiten sind, die nicht verschoben, sondern vorgezogen werden müssen.

Dafür kann der Straßenbau warten. Hier ist es ohnehin angebracht, die bestehende Infrastruktur zu erhalten, anstatt immer weitere Flächen neu zu versiegeln.

Eine gewaltige Aufgabe im Rhein-Kreis Neuss ist, die Menschen in Arbeit zu bringen. Vermessen wäre es diesbezügliche Erfolge der Kreispolitik zuzuordnen. Dennoch: Auch die Kreispolitik kann ihren Beitrag dazu leisten.

Neben der immer wichtiger werdenden Bestandspflege und der Neuansiedlung von zukunftsfähigen Unternehmen zur Erhaltung und Neugewinnung von Arbeitsplätzen, gehört – gleichgewichtig - dazu auch das Sich-Kümmern um diejenigen, die es aus den verschiedensten Gründen schwer haben, Arbeit zu bekommen.

Durch die erheblichen Kürzungen der Bundesregierung bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verschärft sich die Situation für die Gruppe der Langzeitarbeitslosen.

Diese werden von sinnvollen Integrations- und Fördermaßnahmen ausgeschlossen.

Verursacht durch den demographischen Wandel, durch Wirtschaftswachstum und den Strukturwandel ist in Teilbereichen ein Fachkräftemangel, bei gleichzeitiger Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit, festzustellen.

Diese Situation erfordert die Mobilisierung aller Ressourcen auf dem Arbeitsmarkt. Die heimische Wirtschaft braucht in Zukunft gut qualifizierte Fachkräfte, insbesondere in Zukunftsbranchen.

Deshalb ist es richtig, dass der Finanzausschuss unseren beiden Anträgen, für diesen Zweck Mittel bereitzustellen, zugestimmt hat.

Damit besteht die Chance, öffentlich geförderte Beschäftigung zu erhalten, einen sozialen Arbeitsmarkt aufzubauen, allein Erziehenden den beruflichen (Wieder)-Einstieg zu erleichtern, damit gleichzeitig dem drohenden Fachkräftemangel durch gut qualifizierte Fachkräfte entgegenzutreten und den Strukturwandel hin zu zukunftsfähigen Berufen zu unterstützen.

Besonders im Blick haben wir das Potential von Frauen im Erwerbsbereich. Nicht nur die Quote muss in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen im Fokus stehen, nein auch eine aktive Karriereplanung auf allen Unternehmensebenen und Behörden ist zu unterstützen.

Das gilt übrigens auch für die Dezernentenebene im Rhein-Kreis Neuss.

Eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen schafft nachhaltiges Wirtschaftswachstum, sie ist auch ein wesentliches Instrument, um den Risiken des demographischen Wandels zu begegnen.

Mit großer Sorge sehen wir die Entwicklung im Niedriglohnsektor. Immer mehr Menschen sind auf aufstockende Leistungen angewiesen, obwohl sie einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen.

Dies belastet die kommunalen Haushalte besonders. Auch wir hier im Kreistag können etwas dagegen tun. Dem Landrat wurde dazu ein neues Instrument zur Verfügung gestellt. Mit dem vom Landtag beschlossenen Tariftreuegesetz können Dumpinglohnanbieter im Rahmen öffentlicher Vergaben ausgeschlossen werden. Verantwortungsbewusste Unternehmer kämen damit zum Zuge - und dies stärkt auch den heimischen Mittelstand.

Da der Mensch sich nicht nur als Arbeitskraft, sondern auch als Verbraucher auf dem Markt in einer schwächeren Position befindet, ist seine Position zu unterstützen.

Wir GRÜNE sind der festen Überzeugung, dass die Verbraucherberatungsmöglichkeiten im Rhein-Kreis Neuss zu verbessern sind.

Die von der CDU ablehnend vorgetragene Begründung, die Internetrecherche sei ausreichend, geht fehl und grenzt zumindest die vielen speziellen Beratungserfordernisse, aber – viel schlimmer – gerade auch ältere Verbraucher aus.

Wir versprechen, dass wir nicht locker lassen, bis neben der Beratungsstelle Dormagen auch in Neuss eine weitere eingerichtet worden ist.

Bekanntlich ist nach dem Spiel vor dem Spiel und unser Torhunger ist grenzenlos.

Dies gilt auch für einen anderen, sehr wichtigen Bereich.

Wir sind uns in diesem Kreistag hoffentlich einig, wir haben ja hier keine CSU, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Nach längeren Diskussionen hat der Rhein-Kreis, angestoßen durch die grüne Fraktion, eine „Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte“, kurz RAA genannt, eingerichtet.

Das hätte noch zügiger und besser gehen können, wenn nicht widersprüchliche Signale nach Essen und Düsseldorf ausgesandt worden wären.

Blicken wir aber in die Zukunft: Die Aufgaben der RAAen sind, verkürzt gesagt, „Integration durch Bildung“. Sie setzen damit an dem Punkt für eine gelingende Integration an, der entscheidend ist: am Bildungserwerb.

Mit dem neuen Integrations- und Teilhabegesetz besteht nun die Möglichkeit, die RAA unter dem Dach eines Kommunalen Integrationszentrums zu nutzen. Dort können dann im Rahmen eines kreisweiten, mit den kreisangehörigen Gemeinden abzustimmenden Integrationskonzepts weitere Integrationsmaßnahmen eingeleitet werden - und das mit kräftiger finanzieller Unterstützung des Landes.

Wir brauchen uns nur einmal die deutsche Fußballnationalmannschaft und deren entscheidende Weiterentwicklung vom Blut- und Boden-Spiel zur Zielgröße „Fußball total“ anzusehen, um den Zugewinn durch Integration zu begreifen. Oder wie es die entsprechende Werbung ausdrückt: „Más Integración“.

Gleiches gilt für die Inklusion.

Inklusion ist die Zukunftsaufgabe der Sozialpolitik. Zu unseren Vorstellungen zum Leben im Quartier und zur Ausgestaltung eines inklusiven Sozialraums werden Sie gleich noch mehr hören.

Für den Schulbereich haben wir im Schulausschuss mehrfach unsere weit reichende Auffassung dargelegt. Wir wollen die vollständige Inklusion.

Wir GRÜNE wollen, dass alle Talente genutzt sowie neue geweckt und gefördert werden.

Henry van Dyke hat dies einmal treffend so ausgedrückt:

„Die Wälder wären sehr still, wenn nur die begabtesten Vögel singen würden.“

Inklusion bedeutet letztlich auch eine Neugestaltung der kommunalen Schullandschaft.

In den Kommunen befinden wir uns in einem Umstrukturierungsprozess, der Kreis hinkt da noch hinterher. Die richtige Zuordnung der Schulen zu den von der Sache her gebotenen Trägern ist damals auf halbem Weg stecken geblieben, unsere Anträge zur Neuordnung finden auch in diesem Jahr kein Gehör. Auch hier werden wir nicht lockerlassen.

Dies gilt auch seit Jahren, wenn wir über den Klimakiller Nummer 1, die Braunkohle und den dazugehörigen Konzern, RWE, sprechen.

Aus gutem Grund haben wir in diesem Jahr auf unseren jahrelang eingebrachten Antrag, die RWE-Aktien zu verkaufen, verzichtet.

Dennoch müssen wir feststellen, dass dieser Kreistag in seiner Mehrheit trotz aller Warnungen, Kreisvermögen durch Nichtstun, durch einen fast hündischen Bezug zum Konzern schlichtweg verbrannt hat. Hätten wir damals, dem Rat der GRÜNEN folgend, den Wertzuwachs der Aktien abgeschöpft, bräuchten wir heute nicht in die Ausgleichsrücklage zu greifen.

Aber mit aller Macht wurde und wird versucht, den kommunalen Anteil am RWE auf dem 25%-Niveau zu halten (einige Kommunen sind sogar spekulativ in den Aktienkauf eingestiegen. Denen müsste man die Mittel aus dem Solidarpakt sofort streichen.)

Neben der Halbierung des Kurses stürzt auch die Dividende ab. Der Rhein-Kreis muss hier real mit Mindereinnahmen rechnen.

Wie dies weitergehen wird und welche Folgen das für die RWE-Arbeitsplätze im hiesigen Raum hat, kann man derzeit nur erahnen. Jedes neue Kraftwerk „setzt Arbeitskräfte frei“, wie es so unmenschlich-betriebswirtschaftlich heißt.

Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien wird der derzeitige durch die Abschaltung der maroden Atommeiler kurzzeitig erzeugte Braunkohleboom ein Ende nehmen - was dann?

Die Zeiten, in denen RWE ein moderner, technologischer Taktgeber war, sind lange vorbei. Dem Unternehmen und den dort Beschäftigten ist zu wünschen, dass unter „Mann-o-Mann“-Großmanns Nachfolger die Zukunftschancen gesehen, genutzt und stärker vernetzt werden. Sonst stellt sich ein Riese wie RWE bei der Energiewende selbst ins Abseits.

Die Herausforderung Energiewende erfordert eine dezentralisierte Erzeugung. Dazu zählt, dass die Verteilnetze intelligent errichtet und gesteuert werden müssen, die Photovoltaik integriert sowie Mikro- und Mini-KWK-Anlagen errichtet werden und Strom über Druckluft- oder Pumpwerke gespeichert werden muss.

RWE ist auf diesen Feldern erkennbar schlecht aufgestellt.

Auf Bundesebene sieht es nicht besser aus.

Mit einer Hauruck--Kürzung der Solarförderung von bis zu 40 Prozent wollen Herr Rösler und Herr Röttgen dem Photovoltaikausbau das Genick brechen.

Während Zigtausende Bürgerinnen und Bürger mit einer privaten Solaranlage einen Beitrag zu Klimaschutz und Energiewende liefern wollen, kehrt die Bundesregierung ihnen den Rücken und buckelt lieber in gewohnter Manier vor den vier großen Energieversorgern.

Denn das ist der eigentliche Antrieb für die geplante Radikal-Kürzung: Ihnen will sie die Rentabilität der Kohlemeiler sichern. In planwirtschaftlicher Art und Weise sollen negative Ausbaukorridore definiert und Kürzungen über Nacht beschlossen werden.

Dieses Verfahren ist ökonomisch unsinnig, klimapolitisch fatal und stellt die Energiewende auf den Kopf. Die unaufrichtige Begründung von Herrn Rösler mit angeblich steigenden Strompreisen kann ihm niemand ernsthaft abnehmen:

Er selbst hat im vergangenen Sommer mit der Befreiung eines Großteils der Industrie von den Netzentgelten die Strompreise für Mittelständler und einfache Haushalte massiv erhöht.

Während den Konzernen damit Milliarden-Geschenke gemacht werden, müssen Handwerksbetriebe, Anlagenbetreiber und die vielen Solarunternehmen bluten.

Auch Nordrhein-Westfalen würde die Konsequenzen massiv zu spüren bekommen. Gerade erst ist die nordrhein-westfälische Landesbauordnung geändert worden, damit Photovoltaik-Anlagen planungssicher und genehmigungsfrei aufgestellt werden können.

Von Herzogenrath bis Minden stehen Privatleute in den Startlöchern, um Investitionen in eine erneuerbare Zukunft zu tätigen und damit entscheidend zum Gelingen der Energiewende beizutragen.

Diese Initiativen werden durch die angestrebte Kürzung fahrlässig aufs Spiel gesetzt.

Man kann Herrn Rösler mit Fritz Kuhn nur zurufen: „Wer eine Sonnenallergie hat, muss zum Arzt gehen.“

Wir GRÜNE lassen uns nicht beirren. Wir haben uns auch gegründet, weil wir Visionen hatten und haben und diese in konkrete Politik umzusetzen versuchen. Wie im Spiel braucht es dazu einen modernen Plan.

Den sehen wir in der sehr am Bestehenden klebenden, einseitig ausgerichteten „Weiter-So“-Politik der Mehrheit in diesem Kreistag nicht.

Zwar gibt es Bewegung, etwa im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, aber das reicht nicht.

Die Zukunftsfähigkeit unserer Region entscheidet sich auch in unserer Bereitschaft, unsere Produktionsprozesse und unser Konsumverhalten nachhaltig auszurichten.

Ein solcher Strukturwandel muss in sozialer, ökonomischer, ökologischer und demokratischer Hinsicht jetzt begonnen werden. Ressourceneffizienz alleine reicht da nicht.

Wir GRÜNE wollen und werden uns dieser Generationenaufgabe stellen.

Handwerk, Kreative, Umweltverbände, Gewerkschaften, Mittelstand und Landwirtschaft sind eingeladen.

Für Anfang Mai werden wir in einem ersten Schritt einen Workshop zu diesem Problem- und Themenfeld organisieren.

Wir werden politisch dafür kämpfen, dass wir neue bzw. komfortablere Mehrheiten in Bund, Land und Kommunen bekommen und dabei einen Satz von Johan Cruyff beherzigen, der einfach klingt, aber ein großes Programm beinhaltet:

„Wenn du den Ball hast, kann der Gegner nicht spielen.“

Wir lehnen diesen Haushalt ab.

Er entspricht nicht unseren Anforderungen.